

# Der Mythos von der Invasion

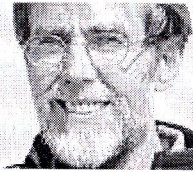
**MIGRATION** Europa hat unbegründete Ängste vor einer Flüchtlingswelle. Eine zeitgemäße Politik tut not.

Immer, wenn aktuelle Entwicklungen wie jetzt in Nordafrika das Drama der Bootsflüchtlinge im Mittelmeer in den Blickpunkt rücken, reagiert Europa geradezu hysterisch. Aber nicht etwa, weil Menschen beim riskanten Versuch, europäische Außengrenzen zu erreichen, massenweise ertrinken – übrigens eine direkte Folge der europäischen Abschottungspolitik. Nein, man fürchtet einen „Flüchtlingsstrom“ oder gar einen „menschlichen Tsunami“.

Europa droht, so der kaum hinterfragte Mythos, eine Invasion asyl- und arbeitsuchender Afrikaner. Deshalb macht Frontex, die europäische Grenzschutzagentur, Jagd auf Migranten, die den Weg nach Europa suchen, und das kann ja nur illegal sein. Deshalb soll Italien auch den auf Lampedusa gelandeten Flüchtlingen keine Schengen-Visa ausstellen. Deshalb werden die nordafrikanischen Transitstaaten mit Entwicklungshilfe geködert, um potenzielle Auswanderer schon an den eigenen Grenzen abzufangen.

Nüchtern betrachtet, erweist sich die Aufregung der EU-Staaten und die Angst vor der Flüchtlingsinvasion als unbegründet. Wanderungsbewegungen gehören seit jeher zur Normalität

## AUSSENANSICHT



**JÜRGEN LIESER**

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)

von Gesellschaften. Nur etwa drei Prozent der Weltbevölkerung sind Migranten. Nach der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 hat jeder Mensch das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land auch wieder zurückzukehren. Wissenschaft und Praxis widerlegen die in den Medien präsentierten Schreckensbilder von „sintflutartigen Zuwanderungsströmen“. In den letzten Wochen sind fast 500 000 Menschen vor der Gewalt aus Libyen in die angrenzenden Länder geflohen. Dass Europa sich von 25 000 Bootsflüchtlingen auf Lampedusa bedroht fühlt und die Schlagbäume runterlässt, ist blanke Hysterie.

Irreführend ist in der Debatte auch, undifferenziert von „Flüchtlingsen“ zu sprechen. Menschen verlassen ihre Heimat aus ganz unterschiedlichen Motiven. Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind nur diejenigen, die vor Gewalt, Verfolgung und

Diskriminierung in ein anderes Land fliehen und die einen Anspruch auf Gewährung von Asyl haben. Aber auch diejenigen, die mit dem geradezu diskriminierenden Begriff des „Wirtschaftsflüchtlings“ belegt werden, haben ein Recht auf menschenwürdige Behandlung. Hilfsorganisationen, die in Afrika Projekte der Armutsbekämpfung unterstützen, erleben die verheerenden Folgen der europäischen Wirtschafts- und Agrarpolitik für die Lebensbedingungen der Afrikaner. Ähnliches lässt sich für die negativen Auswirkungen des Klimawandels sagen, die besonders in Ländern des Südens sichtbar werden. Da ist es geradezu zynisch, wenn Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa kommen wollen, abgewiesen werden.

Afrikaner machen folgende Erfahrung: wenn europäische Entwicklungsexperten in ihren Ländern arbeiten, bekommen sie häufigen Besuch von Freunden und Verwandten aus Europa. Umgekehrt ist das undenkbar: wollen Afrikaner ihre Verwandten in Europa besuchen, dann müssen sie oft eine schikanöse und unwürdige Antragsprozedur ertragen, um ein Touristenvisum zu bekommen. Die meisten verzichten inzwischen darauf. Die EU braucht endlich eine zeitgemäße und humane Migrations- und Flüchtlingspolitik.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.